



## Öffentliches Statement von QUEST – Queeres Stade e. V. zum Koalitionsvertrag 2025

### Zwischen Unsichtbarkeit und Rückschritt: Wie der Koalitionsvertrag queeres Leben gefährdet

Der Koalitionsvertrag 2025 zwischen CDU/CSU und SPD täuscht mit wohlklingenden Phrasen ein Bekenntnis zum Schutz „queeren Lebens“ vor. Doch beim genauen Hinsehen bleibt von dieser Zusicherung wenig übrig – und noch weniger Sicherheit. Statt einer echten Fortführung der queeren Gleichstellungspolitik erleben wir ein abnehmendes Interesse queerer Anliegen, die in weiten Teilen einem gefährlichen Rückbau gleichkommt. Die queere Community, insbesondere trans\*, inter\* und non-binäre Menschen, bleibt in zentralen Politikfeldern unsichtbar, ungenannt und damit ungeschützt.

### Systematische Leerstellen – und ihre realen Folgen

**Gesetzlicher Schutz bleibt unvollständig:** Der Begriff „geschlechtliche Identität“ fehlt konsequent und damit der Inbegriff der geschlechtlichen Vielfalt. Der Diskriminierungsschutz wird nur auf „sexuelle Orientierung“ bezogen. Trans\*, inter\* und non-binäre Personen finden in der Formulierung keinen Platz. Das ist keine bloße Formulierungslücke, sondern eine strukturelle Ausgrenzung!

**Evaluation mit Risiko:** Das Selbstbestimmungsgesetz soll evaluiert werden – jedoch mit Fokus auf Kinder, Jugendliche und den Schutz „der Frau“. Ohne klare Inklusion von trans\*Frauen droht eine gefährliche, transfeindliche Lesart. Die Formulierung öffnet Tür und Tor für die Erzählung, trans\*Personen seien eine Gefahr – ein Narrativ, das durch keine einzige seriöse Studie gestützt wird, aber reale Gewalt gegen trans\*Menschen befeuert!

**Kinderrechte unter Druck:** Wenn elterlicher Widerstand gegen Transitionen als Kriterium in der Bewertung kindlicher Selbstbestimmung einfließt, verletzt das die UN-Kinderrechtskonvention. Deutschland ist völkerrechtlich verpflichtet, die geschlechtliche Identität von Kindern zu achten, zu schützen und zu unterstützen!

**Namensrechtsreform mit Kontrollfokus:** Statt Selbstbestimmung und Schutz der Privatsphäre rückt „Nachverfolgbarkeit“ in den Mittelpunkt – ein Schritt, der trans\*, inter\* und non-binäre Personen erneut in Bedrängnis bringt und das Risiko für Zwangs-Outing, Gewalt und Stigmatisierung erhöht!



**Asylpolitik als reale Bedrohung:** Queere Geflüchtete werden im Vertrag nicht als vulnerable Gruppe benannt – obwohl sie weltweit zu den am stärksten gefährdeten Menschen gehören. Gleichzeitig werden Rückführungen auch in queerfeindliche Länder wie Afghanistan oder Syrien ermöglicht, Aufnahmeprogramme gestrichen und sichere Herkunftsstaaten queerfeindlich erweitert (z.B. Tunesien, Indien). Dies widerspricht eklatant der Genfer Flüchtlingskonvention und verletzt das Prinzip des „Non-Refoulement“!

**Lückenhafte Gesundheitsversorgung:** Die angekündigte diversitätssensible Gesundheitsversorgung bleibt inhaltsleer, wenn zentrale Themen wie Hormontherapie, geschlechtsangleichende Maßnahmen oder queersensible Psychotherapie nicht einmal erwähnt werden. Es fehlen Strukturen, Finanzierung und klare Zuständigkeiten.

**Der Aktionsplan „Queer leben“ wird nicht fortgeführt:** Damit droht nicht nur das politische Aus für über 50 noch offene Maßnahmen, sondern auch das Ende der Koordinierungsstelle für queere Politik – insbesondere durch die angestrebte Halbierung der Bundesbeauftragten. Der Queerbeauftragte wird nicht benannt – ein fatales Signal!

**Sprache voller Altlasten:** Begriffe wie „Transsexualität“ und „Intersexualität“ tauchen weiterhin auf – mit ihrer Geschichte pathologisierender Klassifikationen. Eine zeitgemäße Queerpolitik braucht eine diskriminierungssensible Sprache!

**Fehlende Intersektionalität:** Kein einziger Abschnitt behandelt gezielt die Lebensrealitäten von queeren Menschen mit Behinderung, queeren Geflüchteten, rassifizierten queeren Personen oder queeren Jugendlichen in besonderen Belastungssituationen. Damit verfehlt der Vertrag selbst gesetzte Gleichstellungsziele!

## **Was diese Politik für queere Menschen bedeutet**

Für viele queere Menschen ist dieser Koalitionsvertrag nicht nur ein enttäuschendes politisches Dokument – sondern eine emotionale Zäsur! Denn was dort fehlt, hat direkte Auswirkungen: auf das Erleben von Sicherheit, auf Anerkennung, medizinische Versorgung, Asylverfahren, Rechtsschutz und Sichtbarkeit.

Die Rechte und Würde queerer Menschen sind nicht verhandelbar! Und doch erleben wir eine politische Haltung, die genau das suggeriert: dass unsere Existenzen sekundär sind. Dass unsere Kämpfe, unser Engagement, unser Alltag, unser Überleben – mit Schweigen quittiert werden!



# QUEST – Queeres Stade e.V.

QUEST – Queeres Stade e.V. | Beguinenstraße 1 | 21682 Stade

## Unsere Forderungen

---

- Verankerung der geschlechtlichen Identität im Grundgesetz – Ergänzung von Artikel 3 GG.
- Kindgerechte Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes – unter Achtung der UN-Kinderrechtskonvention.
- Reform des Namensrechts mit Fokus auf Schutz, nicht Überwachung.
- Queerspezifische Gesundheitsversorgung rechtlich und finanziell absichern.
- Expliziter Schutz queerer Geflüchteter im Asylrecht – Aufnahmeprogramme wieder einführen.
- Wiedereinführung des Aktionsplans „Queer leben“ und dauerhafte Sicherung eines Queerbeauftragten.
- Stärkung queerer Selbstvertretung und Förderung intersektionaler Projekte auf Bundes- und Landesebene.

## Unser Appell

---

Wir fordern die Bundesregierung auf, den queerpolitischen Rückbau zu stoppen und Verantwortung zu übernehmen – für Gleichstellung, für Sichtbarkeit, für Schutz. Es geht um Menschen. Um Leben. Um Rechte!

Queere Politik ist keine Nische. Sie ist ein Menschenrecht!

Wir stehen für Sichtbarkeit, Selbstbestimmung und Solidarität. Und wir bleiben laut. Für alle, die sonst nicht gehört werden!

---

Unterschrift  
Amadeus Schwone  
(erster Vorsitz)